

Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In Bromberg mit Bestellgeld vierteljährlich 1950 M., monatlich 650 M., In den Ausgabestellen vierteljährlich 1800 M., monatlich 600 M., Bei Postbezug vierteljährlich 1980 M., monatlich 660 M., In Deutschland unter Streifenband monatlich 100 M., deutsch. — Einzelnummer 40 M., — Bei höherer Genuß, Betriebsführung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.
Fernruf Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Für die 34 mm breite Kolonelle 80 M., für die 90 mm breite Kellameile 350 M., Ausland, Ober- und Unterpost 10 bzw. 40 deutsche M., — Bei Platzvorrat und schwierigem Satz 50 % Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen nur schriftlich erbeten. — Offerten- und Anstufungsgebühr 200 M., — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.
Postkonten: Stettin 1847, Posen 202157.

Nr. 215. Bromberg, Sonnabend den 14. Oktober 1922. 46. Jahrg.

Die Wahlausichten der Deutschen in Westpolen.

Im Stadium der immer mehr zunehmenden Wahlaktion gewinnt die Frage der Beteiligung der Minderheiten an den Wahlen zum Sejm und Senat eine besondere Bedeutung. Für uns hier in den Westmarken konzentriert sich dieses Problem in der Frage, wieviel Sejm- und Senatsmandate die Deutschen erzielen werden. Auf Grund von statistischen Daten können wir das voraussichtliche Wahlergebnis festlegen. Wenn man berechnet hat, auf welche Bevölkerungszahl in den einzelnen Bezirken ein Mandat fällt, teilt man die Anzahl der Mandate proportional der Zahl von Bewohnern polnischer und deutscher Nationalität. Allerdings ist eine solche Berechnung nicht ganz genau, da bekanntlich bei unserem Wahlrecht die Zahl der Wahlberechtigten ungefähr die Hälfte der Einwohnerzahl Polens ausmacht, in Wirklichkeit aber leider viele Menschen aus Gleichgültigkeit oder gar aus Furcht ihre Bürgerpflicht nicht erfüllen, so daß wahrhaftig nur 70—80 v. H. der Wahlberechtigten an der Abstimmung teilnehmen werden. Die Resultate unserer Erwägungen sind jedoch der Wirklichkeit sehr nahe.

Die Posener Wojewodschaft ist in sechs Bezirke eingeteilt. Bezirk 32 (Bromberg) zählt 406 620 Einwohner, davon 301 128 Polen und 105 492 Deutsche. Auf 67 770 Einwohner entfällt ein Sejmmandat, somit sind unter den sechs Mandaten sicher 4 polnische und 1 deutsches. Dagegen ist die Zuteilung des 6. Mandats unbestimmt. Im Bezirk Bromberg muß also jede deutsche Bürgerin und jeder deutsche Bürger an die Wahlurne. Wenn die Bromberger Wähler in Stadt und Land auf dem Polesen sind, dann müssen sie ein zweites Sejmmandat erhalten.

Im Bezirk 33 (Gnesen) kommen auf 337 307 Einwohner 279 032 Polen und 58 275 Deutsche. Da auf durchschnittlich 67 461 Einwohner ein Mandat kommt, so werden die Polen bestimmt vier Mandate und die Deutschen ein Mandat bei fünf Mandaten im ganzen erzielen.

Im Bezirk 34 (Posen-Stadt) sind 169 793 Einwohner gezählt worden. Davon sind 159 632 Polen und 10 161 Deutsche. Es ist also ganz sicher, daß die Polen alle vier Mandate erzielen werden.

Im Bezirk 35 (Posen-Land) sind 306 110 Einwohner, davon 264 848 Polen und 41 262 Deutsche. Auf 76 527 Einwohner kommt ein Mandat. Die Polen werden also von den vier Mandaten im ganzen drei durchbringen. Dagegen ist das Schicksal des vierten Mandats ungewiß. Hier entscheidet wiederum der Kampf entweder zu Gunsten der Polen oder der Deutschen. Auch im Wahlbezirk Posen-Land (mit Biska) ist es also unbedeutend, daß jede Deutsche und jeder Deutsche wählt, damit dieser Kreis ein deutsches Mandat erhält.

Im Bezirk 36 (Samter) wurden 348 585 Einwohner gezählt, davon 262 620 Polen und 85 965 Deutsche. Da auf 69 719 Einwohner ein Mandat entfällt, werden die Polen am ehesten vier Mandate und die Deutschen ein Mandat von fünf Mandaten im ganzen durchbringen.

Im Bezirk 37 (Stromo) zählte man 405 642 Einwohner, davon 361 262 Polen und 44 380 Deutsche. Auf durchschnittlich 67 607 Einwohner entfällt ein Mandat, somit entfallen auf sechs Mandate im ganzen fünf Mandate für die Polen. Das sechste Mandat dagegen ist unbestimmt. Auch in diesem Bezirk entscheidet der Wahlkampf über die Zuteilung des unbestimmten Mandats. Auch im Bezirk Stromo also müssen bei der entscheidenden Abstimmung am 5. November alle Deutschen an ihre Pflicht denken.

Die Wojewodschaft Pommerellen ist in drei Wahlbezirke geteilt worden: Bezirk 29 (Dirschau) zählt 312 284 Einwohner, davon 274 082 Polen und 37 282 Deutsche. Da auf 62 353 Einwohner ein Mandat entfällt, werden die Polen vielleicht 4 Mandate von 5 im ganzen durchbringen. Die Zahl der Deutschen ist jedoch so hoch, daß das Schicksal des 6. Mandats unbestimmt ist. Auch für Dirschau gilt also das Gebot der besonderen Wachsamkeit.

Im Bezirk 30 (Graudenz) kommen auf 294 739 Einwohner 216 962 Polen und 77 777 Deutsche. Auf durchschnittlich 79 685 Einwohner entfällt ein Mandat. Die Polen werden also bestimmt 3 Mandate und die Deutschen ein Mandat erzielen.

auf durchschnittlich 313 192 Einwohner ein Mandat fällt, werden die Polen 2 Mandate, die Deutschen 1 Mandat durchbringen. In beiden Wojewodschaften zusammen dürften den Polen 8 und den Deutschen 2 Senatorenmandate bei 10 Mandaten im ganzen ausfallen.

Wir betonen ausdrücklich, daß die mitgeteilten Zahlen aus polnischen Quellen herrühren. Das Ergebnis der Wahlen wird zeigen, in welchem Grade sie der Richtigkeit nahekommen. Wir geben zu, daß sie sich in einigen Wahlfreien mit unserer Prognose decken und in manchen Fällen zu ungünstig für uns angenommen wurden.

In jedem Kampf liegt die Entscheidung in den Händen der Kämpfenden.

**Last uns die Rausheit überwinden!
Wecht die müden Geister auf!**
Es gibt keine Stimme, die nicht entscheidend für die Stärke der deutschen Partei im neuen Sejm sein kann und damit entscheidend für die Verteidigung unseres guten deutschen Rechts, für die Wohlfahrt unserer Heimat.

**Merkt es euch, ihr deutschen Männer:
16 ist der deutsche Renner,
Merkt es euch, ihr deutschen Frauen:
Nur der 16 dürft ihr trauen.
Prägt es ein in eure Seelen:
Alle müssen 16 wählen!**

Aus der Wahlbewegung.

Deutsche Kandidaten in Kongresspolen.
Die vereinigte Liste des Minderheitenblocks für den Sejmwahlkreis 15 (Konin, Kolobrzeg, Pleszew, Wąsewo) trägt unter 12 Namen 6 deutsche, darunter als Spitzenkandidat der ganzen Liste den bisherigen Sejmabgeordneten Josef Spidemann aus Lodz.

Die vereinigte Liste des Minderheitenblocks für den Wahlkreis 10 (Wloclawek, Nieszawa, Lipno) hat gleichfalls einen deutschen Spitzenkandidaten: den Lehrer Jakob Karan in Wloclawek. An zweiter Stelle steht der bekannte jüdische Sejmabgeordnete Hartglas aus Warschau.

Im Wahlkreis 18 (Petrikau, Brzeziny) nehmen auf der Minderheitsliste die deutschen Kandidaten: Buchhalter Weggi-Tomaszow und Gymnasiallehrer Brejner-Zgierz die dritte und vierte Stelle ein.

Auf der Bezirkskandidatenliste des Minderheitenblocks im Wahlkreis 16 (Kalisz, Turek, Wielun) stehen die deutschen Kandidaten Ulrich-Turek und Trenzler-Turek an zweiter und vierter Stelle.

Im Wahlkreis 9 (Plock, Ciepiele, Rypin, Młock) haben die vereinigten Minderheiten an erster Stelle den Sejmabgeordneten Hartglas, an zweiter Stelle den Fabrikdirektor und Journalisten Otto Somichor aus Warschau, einen Deutschen, aufgestellt.

Im Wahlkreis 12 (Blonie, Starniewice, Rawa, Grojec) sind zwei jüdische Spitzenkandidaten getrichen worden, so daß der deutsche Kandidat Johann Otto Schmidt an zweiter Stelle steht.

Korfanty in Krakau.

Der „Goniec Krakowski“, das Krakauer Blatt des nationalen Blocks, meldet, daß die Stadt Krakau auf Wunsch zahlreicher Bürger Korfanty den siegreichen Verteidiger Oberschlesiens und den unerschrockenen Kämpfer um das Polentum als Kandidaten für den Landtag im Namen des Blocks der nationalen vereinigten Parteien aufgestellt hat. Das Blatt begründet die Aufstellung dieser Kandidatur mit den Worten, daß die polnische Republik erfahrene Abgeordnete, Repräsentanten mit einem breiten politischen Horizont und Sachausbildung nötig habe, damit das polnische hin- und hergeworfene Staatschiff endlich in einen ruhigen Hafen geleitet wird. Polen hat keine leeren Versprechungen, keine herrlichen Phrasen, kein Säbelschleudern, sondern kluge und vernünftige Taten.

Daß ausgerechnet Korfanty das polnische Staatschiff zur Ruhe bringen soll, er, der bisher der Urheber der größten Beunruhigung war, das ist eine wohl kaum zu überbietende Ironie. Daß zumindest in Krakau schon allein die Aufstellung der Kandidatur eine ganz gewaltige Verhärtung des Wahlkampfes bringen wird, zeigen die folgenden Ausführungen des Krakauer „Naprzód“. Er bezeichnet die Aufstellung der Kandidatur Korfantys in Krakau als eine Provokation. Die Nationaldemokratie importiert diese Kandidatur nicht nur als Lockmittel nach Krakau, sondern will zugleich die in Krakau bisher unbekannten Korfantyschen Methoden und Praktiken des politischen Kampfes, die Methoden des Terrors und der Gewalttaten nach hier verpflanzen. Darum wird der Wahlkampf in Krakau einen Charakter annehmen, wie wir ihn bisher nicht kannten. Die Kandidatur Korfantys stellt eine freche Herausforderung an die Bevölkerung der Stadt Krakau und einen Vadenstreich für die alte geistige polnische Residenz dar.

Danziger Börse am 13. Oktober
(Vorbörslicher Stand um 10 Uhr vorm.)
Polennoten 27 Dollar 2800
Umtliche Devisenkurse des Vortages siehe Handels-Rundschau.

Vom jüngsten Parlament.

Die Eröffnung des schlesischen Sejms.
Nach der Ansprache des Ministerpräsidenten Dr. Nowak, deren Wortlaut wir gestern zum Abdruck brachten, übernahm Johanna Omaszkowska vom Korfanty-Block als Alterspräsidentin den Vorsitz. Bei ihrer Ansprache kam sie auf die Geschichte der Entwicklung Oberschlesiens zu sprechen und brachte ein Hoch auf Oberschlesien und die Republik Polen aus. Aufsehen erregte es, als sämtliche deutschen Abgeordneten bei dem Gedächtnis an die gefallenen Insurgenten sitzen blieben. Nach Verlesung der Verordnung des Wojewodschaftsrates vertagte sich der Sejm auf Freitag, nachmittag 4 Uhr. Auf der Tagesordnung steht die Wahl des Präsidiums und Beschlußfassung über die Geschäftsordnung.

Der Nationale Block trägt sich mit dem Gedanken, als Kandidaten für den Sejm des schlesischen Sejms marschallisch den Abg. A. Rakowski aufzustellen, von der Ansicht ausgehend, daß der Abg. Wolny, der zunächst in Betracht käme, als einziger Jurist, für die Arbeit in den Kommissionen unentbehrlich sei.

Der deutsche Klub.
Die vier Abgeordneten der Deutschen Partei und die acht Abgeordneten der Katholischen Volkspartei haben sich zu einem Deutschen Klub zusammengeschlossen, dem die beiden deutschen Sozialdemokraten als Hospitanten beigetreten sind. Vorsitzender des Deutschen Klubs ist Frhr. v. Reichenstein, Vizepräsident: Meyer, Sekretär: Pantan. Die unsicheren Mehrheitsverhältnisse in dem für den 10. Oktober einberufenen schlesischen Sejm, wo die vierzehn deutschen Abgeordneten zwischen dem Korfantyblock und den beiden polnischen Arbeiterparteien das Sagen in der Lage bilden, veranlassen die polnische Presse zu beunruhigenden Kombinationen über die Haltung der Deutschen. Von sozialistischer Seite wird das Zusammengehen der zwölf deutschen bürgerlichen Abgeordneten in wirtschaftlichen und sozialen Fragen mit dem Korfantyblock erwartet. Die „Nacjonalista“ spricht von einem Plan, dem bisherigen, von den Korfanty-Deutschen scharf bekämpften Wojewoden Rymer im Sejm die sonst fehlende Mehrheit durch einen Block der polnischen Linksparteien mit den Deutschen zu sichern; dafür würden den Deutschen gewisse Zugeständnisse auf dem Gebiete der Verwaltung gemacht werden.

Der Gedanke einer Vertagung des schlesischen Sejms bis zur Beendigung der Warschauer Parlamentswahlen, der vom Nationalen (Korfanty-) Block in die Debatte geworfen wird, begegnet heftigem Widerspruch bei der Nationalen Arbeiterpartei und der Polnischen Sozialistischen Partei.

Freiheit, die ich meine . . .
Wie wir der „Kattow. Ztg.“ entnehmen, wurde kürzlich an zwei verschiedenen Tagen das in Kattowitz erscheinende Organ der deutschen Sozialdemokratie, der „Volkswille“, von der Polizei beschlagnahmt. Der für die fraglichen Ausgaben verantwortliche Redakteur Dr. Wolff erhielt bald darauf zwei verschiedene Strafbefehle. Weil die Zeitung bei der verantwortlichen Zeichnung nicht die volle Adresse des Redakteurs (Straße und Hausnummer) angegeben hat, wurde er zu einer Geldstrafe von 3000 Mark verurteilt. Eine zweite Strafe von 1000 Mark wurde verhängt, weil das Blatt einen Artikel der „Polnischen Zeitung“, betitelt „Im kranken Land“, in dem der Rückgang der gesamten ostoberschlesischen Volkswirtschaft geschildert worden war, nachgedruckt hatte. Beide Strafen wurden verhängt, ohne daß ein Verfahren vorangegangen war und ohne daß der verurteilte Redakteur überhaupt vernommen worden ist. — Die Polizei ist zur Herausgabe der oben angeführten Strafbefehle nicht berechtigt. Was Straftat Nr. 1 betrifft, so müßte in Polen jeder Redakteur bestraft werden, denn es gibt in Polen mit Ausnahme des „Volkswille“ keine Zeitung, die im Verantwortlichkeitsvermerk auch die Straße und Hausnummer des verantwortlichen Redakteurs aufweist. Straftat Nr. 2 gehört vor ein ordentliches Gericht.

Lloyd Georges Orientpolitik.

Im weiteren Verlauf einer Aussprache, die Lloyd George mit einer Abordnung des Generalrates des Gewerkschaftsverbandes hatte, kam der englische Premierminister auf die Ziele seiner Orientpolitik zu sprechen. Lloyd George betonte immer wieder, daß die Regierung keine Politik des Krieges verfolge. Wenn sie energische Maßnahmen getroffen habe, so sei es gechehen, weil sie fest überzeugt sei, daß die Maßnahmen die Wirkung haben würden, einen Konflikt abzuwenden. Die Regierung habe den Griechen niemals auch nur einen Pfennig beizugehen und habe sie weder mit Geld noch mit Waffen unterstützt.

Über die Notwendigkeit der Neutralität und Freihaltung der Meerengen erklärte der Premierminister u. a.: Wie könnte England Schritte tun, welche die Türkei in dieselbe Stellung einziehen würden wie vor dem Krieg, so daß sie die Meerengen gegen England sperren, Rumänien und Rußland erdroffeln und den gesamten Handel im Schwarzen Meer abschließen könnte? Als Be-

Tillet um eine Definition dessen bat, was Lloyd George die Freiheit der Meerengen nenne, erwiderte Lloyd George: „Unter Freiheit der Meerengen ist zu verstehen, daß sie genau wie jeder internationale Wasserweg sein sollen, daß die Fahrzeuge jeder Nation nach dem Schwarzen Meer und zurück ohne Einmischung passieren können und daß man eine Bürgerpflicht hat, nicht nur auf das Wort der Türken hin, sondern eine Garantie unter Beteiligung des Völkerbundes, um die freie Durchfahrt sicherzustellen. Den Tillet fragte hierauf: „Gedacht es sich dabei um Befestigungen in den Händen einer internationalen Körperschaft?“ Lloyd George erwiderte: „Dies würde jene Körperschaft selbst entscheiden müssen; wenn sie es für notwendig erachtet, Befestigungen anzulegen, um die Freiheit zu gewährleisten, so würde der Völkerbund darüber entscheiden. Die Entscheidung hierüber ist nicht unsere Sache. Wir sind stets dafür gewesen, daß die Rumänen mit herangezogen werden, weil sie interessiert sind. Was die Russen betrifft, so ist dies eine Sache der Konferenz, die später zwischen den Parteien stattfinden soll. Die Angelegenheit wird wahrscheinlich dem Völkerbund übergeben werden, und wahrscheinlich wird der Völkerbund erwägen müssen, wie sich die Wege zusammenschließen soll.“ Den Tillet fragte weiter: „Würden Sie bereit sein, die Russen zu begünstigen?“ Darauf erwiderte zunächst Chamberlain, indem er erklärte: „Ich glaube, daß es schwierig ist für eine Regierung, die Verhandlungen mit einer großen Anzahl von Mächten führen muß, eine derartige Frage zu beantworten. Ich glaube, man kann von uns nicht verlangen, daß wir uns festlegen oder im gegenwärtigen Augenblick zu sehr ins Einzelne gehen. Die Versammlung, die wir in vollkommener Aufrichtigkeit geben, ist, daß wir eine wirksame internationalisierte Kontrolle haben wollen, die nicht günstiger für uns ist als für andere Mächte.“ Lloyd George fügte hinzu: „Ich brauche kaum darauf hinzuweisen, daß, verglichen mit allen anderen Mächten in der Welt, unsere Haltung gegenüber Rußland nicht die am wenigsten wohlwollende ist.“

Litwinow über die Meerengenfrage.

Am Anschluß an einen Presseempfang in der Berliner Sowjetbotschaft erklärte Litwinow einem Mitarbeiter des „Di-Expreß“, daß er bisher keine offizielle Meldung über eine von den Alliierten beschlossene beschränkte Heranziehung Rußlands zur Orientkonferenz bestünde. Jedenfalls sei es klar, daß die Alliierten die Rolle Rußlands am Schwarzen Meer und die Bedeutung der Meerengen für Rußland nicht begreifen wollen. Eigentlich brauchte man über die Frage der Hinzuziehung Rußlands zu der bevorstehenden Konferenz gar nicht erst zu debattieren. Er könnte Rußland das Recht für sich in Anspruch nehmen, Einladungen zu dieser Konferenz zu erhalten zu lassen. Solange dieser durchaus normale und legitime Standpunkt der Sowjetregierung England und den anderen Ententemächten nicht einleuchte, könne Rußland sich nicht befriedigt erklären. Auch für eine Wiederaufnahme der Urquhart-Verhandlungen sei eine radikale Änderung der englischen Politik hinsichtlich Rußlands, einschließlich einer Anerkennung der Sowjetregierung, notwendig.

Die Türkei und ihre Minderheiten.

Der Schutz der Minoritäten bildet bekanntlich ein empfindliches Kapitel im türkischen Problem. Armenier und Griechen behaupten, einer nationalstaatlichen moslemischen Welle gegenüber schutzlos zu sein. — Ein Vertreter der „Voss. Zeits.“ nahm Gelegenheit, den in Berlin weilenden Angora-Vertreter Oberst Nuri Ben nach der Stellung der Kemalisten zur Minderheitenfrage zu befragen. „In der Türkei“, so antwortete Nuri Ben, „haben jahrhundertlang die fremden Nationalitäten, besonders auch Griechen und Juden, selbst die Armenier, größere Freiheiten genossen als irgendwo anders in der Welt. Wir haben es jahrhundertlang geduldet, daß in der Nähe der Hagia Sophia das griechische Patriarchat mit seinen christlichen Symbolen alle Freiheiten ebenso genoss wie der jüdische Oberabbader, demgegenüber wir dieselbe Toleranz geübt haben wie unseren eigenen geistlichen Würdenträgern gegenüber. Kein Vorwurf ist der alten Türkei gegenüber so unendlich wie der der Intoleranz. Es entspricht unseren religiösen Vorstellungen nicht minder als unserer politischen Gepflogenheit, die Minoritäten zu schonen und ihre religiösen Ansichten zu respektieren. Jahrhundertlang haben sich diese Minoritäten bei uns wohl gefühlt und alle erdenklichen Freiheiten genossen.“

Was die Katastrophe von Smyrna betrifft, so kennen Sie ja die verschiedenen Versionen, die im Umlauf sind. Wir halten daran fest, daß die Armenier und Griechen selbst ihr Viertel in Brand gesteckt haben, um Smyrna nicht den Truppen Mustafa Kemal auszuliefern. Aber ich lege Wert auf die Feststellung, daß der Oberbefehlshaber der kemalistischen Armee gleich nach der Katastrophe von Smyrna strengen Befehl erteilt hat, daß jeder Muselman, der einen Christen in Zivil umbringt, sofort standrechtlich erschossen werden soll. Übrigens sind wir bezüglich des Minoritätenbundes der Ansicht, daß anlässlich unserer demnächstigen Verhandlungen mit den Westmächten auf der Friedenskonferenz festgelegt werden soll, wie dieser Minoritätenbündnis verbürgt und gewährleistet wird. Es versteht sich von selbst, daß auch unsere Minoritäten in fremden Staaten dieselben Rechte genießen müssen, wie wir sie den bei uns wohnenden Minderheiten einräumen werden. Der abzuwickelnde Vertrag hinsichtlich des Minoritätenbundes muß also auf volle Gegenseitigkeit gegründet sein.“

Das Chaos in Griechenland.

Die griechische Gesandtschaft in London teilt mit, Venizelos habe sich, nachdem die griechische Regierung seinen Standpunkt zu dem ihrigen annahm, bereit erklärt, die griechische Regierung in den westlichen Hauptstädten zu vertreten. Nach einem Beschluß des griechischen Ministerrats werden die Wahlen erst nach der Regelung der nationalen Fragen stattfinden. Nach Blättermeldungen sind die Generale Ioannu und Moschopoulos zu Generalgouverneuren von Epirus bzw. Mazedonien ernannt worden. Innerhalb des Revolutionskomitees dürften sich gewisse Veränderungen ereignen. Man ist der Ansicht, daß, um die öffentliche Meinung zu befriedigen, die gefangen gehaltenen Minister rasch abgeurteilt werden müßten. Besonders Gunaris und die anderen Politiker sollen in einem kurzen Prozeß von vielleicht nur wenigen Stunden abgeurteilt werden. Gerüchteleise verlautet, daß Gunaris und seine Freunde auf eine Insel verbannt werden sollen, wo sie bis zu ihrer Aburteilung zu bleiben haben. Sie können sich die Insel selbst auswählen.

Nach den neuesten Meldungen aus Adrianopel beginnen die dort liegenden griechischen Truppen gegen ihre Offiziere zu meutern. Mehrere Personen wurden bereits tödlich angegriffen und schwer verletzt. Die roten Fahnen wurden entfalteter. Die meutern den Soldaten beginnen Adrianopel und die weitere Umgebung zu plündern. In Konstantinopel zeigt man sich deswegen äußerst beunruhigt.

Orient-Telegramme.

Moskau, 13. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Tschitscherin hat eine neue Note an die Entente gerichtet, in der er die Teilnahme Rußlands, der

Ukraine und Georgiens nicht nur an der Meerengenkonferenz, die diesen Staaten von der Entente schon zugejagt wurde, sondern auch an der Friedenskonferenz fordert.

Paris, 13. Oktober. (Sonderteletrogramm.) Aus Athen wird gemeldet, die griechische Regierung habe der Presse mitgeteilt, daß sie in drei Tagen das Abkommen von Mudania unterzeichnen werde.

Eberts Wiederwahl oder Nachfolge.

Die kommende Reichspräsidentenwahl wirkt bereits ihre Schatten voraus. Wie das „Berliner Tageblatt“ hört, nahmen in Konstanz Vertreter der Regierungsparteien mit Dr. Wirth über die Bildung eines überparteilichen Ausschusses für die Kandidatur Eberts zum Reichspräsidenten Rücksprache. Man kam dem Blatte zufolge zu einem Einvernehmen und nahm darauf mit der Deutschen Volkspartei Rücksprache.

Auf dem demokratischen Parteitag in Elberfeld sprach am Dienstag der Vorsitzende, Senator Petersen, dem Reichspräsidenten den Dank der deutschen demokratischen Partei für seine ausgezeichnete Führung der Geschäfte, besonders auch für das deutsche Denken und Handeln aus. Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß Ebert wieder zum Reichspräsidenten gewählt werde.

In rechtsstehenden Kreisen schweben Verhandlungen über die Aufstellung eines gemeinsamen Kandidaten für die bevorstehende Reichspräsidentenwahl. Eine Korrespondenz will dagegen wissen, daß bei Verhandlungen zwischen den Führern der Deutschen Nationalen und der Deutschen Volkspartei eine Einigung dahin erzielt worden sei, daß die Deutsche Volkspartei sich verpflichtet habe, ihre Bemühungen, Zentrum und Demokraten zur Aufstellung eines bürgerlichen Gegenkandidaten in Gemeinschaft mit den anderen bürgerlichen Parteien zu veranlassen, mit allem Nachdruck fortzusetzen. Erst wenn Zentrum und Demokraten ein gemeinsames Vorgehen mit den beiden Rechtsparteien ablehnen würden, dürfte die Frage einer gemeinsamen Aktion der Deutschen Nationalen und der Deutschen Volkspartei akut werden. Als Kandidaten der Rechtsparteien werden die Abgeordneten Dr. Helfferich (Deutschnatl.) und Prof. Dr. Kaßl (Deutsche Volksp.) genannt, außerdem der frühere bayerische Ministerpräsident Dr. v. Kaßl. — Die Presse der Deutschen Volkspartei ist sehr eifrig und in letzter Zeit anscheinend nicht ohne Erfolg bemüht, die Neuwahl des Reichspräsidenten noch einmal aufzuschieben.

Hindenburg Kandidat für den Präsidentenposten.

Berlin, 13. Oktober. (Rechte Drahtmeldung.) Die „Vossische Zeitung“ will aus sehr zuverlässiger Quelle die Meldung erhalten haben, daß sich die Leitung der Deutschen Nationalen Volkspartei an den Generalfeldmarschall von Hindenburg gewandt habe mit dem Ersuchen, eine deutschnationale Kandidatur anzunehmen. Der Generalfeldmarschall habe sich dazu bereit erklärt.

Republik Polen.

Die Plozy-Anleihe und der Finanzminister.

(Drahtmeldung unserer Warschauer Redaktion.)

Das Finanzministerium erläßt eine Ausführungsvorschrift zur achtprozentigen Plozyanleihe. Die Subskription beginnt am 16. Oktober. Ausgegeben werden zwei Sorten: 10 000 Mark poln. = 10 Plozy und 50 000 Mark poln. = 50 Plozy. Die erste Zinszahlung soll am ersten April erfolgen.

Die maßlosen Angriffe des Warschauer Sensationsblattes „Kurjer“ gegen den Finanzminister Jastrzebski, die bis zur tendenziösen Meldung gesteigert wurden, daß der Minister sich mit Rücktrittsabsichten trage, führten zum Verbot und zur Verschlagnahme des genannten Blattes, das jedoch unter verändertem Titel weiter erscheint.

Vor einem litauisch-polnischen Kriege?

„Gomiec Krakowski“ teilt aus Kowno mit, daß der Oberkommandierende der litauischen Armee während der Feier der 60jährigen Gründung der Stadt Wilna u. a. erklärte, daß infolge der Unmöglichkeit, Wilna auf anderem Wege zurückzuerlangen, die Notwendigkeit eintreffe, diese Provinz mit Gewalt zurückzuerobern. Der Redner rechnete auf eine Unterstützung der Armee und der Bevölkerung.

Die polnische Handelsflotte.

Vom Ministerium für Handel und Industrie wurde ein Gesetzesprojekt ausgearbeitet betreffend die Unterstützung der polnischen Handelsflotte. Das Projekt sieht eine finanzielle Hilfe des Staates für die Schiffsahrtsgesellschaften und Schiffbau-Unternehmungen vor, die in langfristigen Krediten und nichtrückzahlbaren Subventionen zum Ausdruck kommen soll. Die Höhe dieser Subventionen und Kredite wird im Einvernehmen des Ministeriums für Handel und Industrie mit dem Finanzministerium festgesetzt werden.

Eisenbahnverbindung zwischen Polen und der Ukraine.

Wie die „Gaz. Por.“ meldet, fand am Sonnabend, 7. d. M., auf der Station Woloczysko eine Konferenz zwischen Vertretern der polnischen staatlichen Eisenbahndirektion in Lemberg und Delegierten der Verwaltung der Südbahnen der Sowjet-Ukraine statt. Nach Austausch der Meinungen zwischen den Delegierten wurde beschlossen, den 1. November d. J. als Termin zur Wiederaufnahme des Personen-, Gepäck- und Güterverkehrs zwischen Polen und der Sowjet-Ukraine zu bestimmen. Die Verbindung soll auf den Grenzkationen Woloczysko und Podwoloczysko stattfinden.

Tschechische Ministerarbeit in Polen.

Der „Kustrowan Kurjer Cobyleny“ weist darauf hin, daß die Tschechen ihre schändliche Arbeit, dem polnischen Staat offiziell die Bezirke zu räumen, noch immer nicht aufgegeben haben. Ihre Presse unterstützt unaufhörlich die ukrainische Propaganda und veröffentlicht die Berichte der rutenischen Agitatoren gegen die Souveränität Polens in Ostgalizien. Die tschechische Diplomatie im Auslande sekundiert; dauernd diesen rutenischen Abenteurern aus dem Lager des Herrn Pietruszewicz, und die tschechische Regierung unterstützt die Tätigkeit der rutenischen Emigranten, verzögert sie mit Geldmitteln und liefert ihnen Waffen und Munition. Trotz des Vertrages mit Polen vom 6. November unterhält die tschechische Regierung in Prag, Oelmütz und anderen Städten weiter bewaffnete militärische Formationen, deren Leitung in den Händen tschechischer Offiziere ruht. Aus alledem geht hervor, daß die Tschechen sich Polen gegenüber feindlich verhalten und dies muß immer wieder hervorgehoben werden, bis man in Warschau zu der Erkenntnis gelangt, daß eine Verständigung zwischen

Polen und der Tschechoslowakei unter diesen Umständen unmöglich sei.

Die volkstümlichsten Polen.

Der Krakauer „Kustrowan Kurjer Cobyleny“ hat eine Umfrage veranstaltet, um die populärsten Männer und Frauen der polnischen Nation festzustellen. Das Ergebnis dieser Umfrage liegt nunmehr abschließend vor. Danach vereinigten sich: auf den Staatschef Pilsudski in Paris 23 114 Stimmen, Frau Curie - Sklodowska in Paris 22 908, Paderewski 22 234, General Haller 22 017, den Dichter Jeromski 21 883, General Zeligowski 21 566, den Dichter Kenmont 21 184, den Bischof des polnischen Heeres Wandurski 21 025, Korsantyn 20 917, General Sackewitsch 20 865, Sejmarschall Trapczynski 20 779, General Jwaszkiewicz 20 779.

General Rozadowski hat sich nach Bukarest begeben, um als Vertreter Polens an der Krönung des Königs Ferdinand, die am 15. d. M. stattfindet, teilzunehmen.

Zwischen Oberschlesien, Ungarn und Rumänien wurde nunmehr eine direkte Bahnverbindung über Kattowitz eingeführt. Diese Verbindung ist von großer Wichtigkeit für die Ausfuhr von Kohlen, Brezits usw.

Der Finanzminister plant die Erhöhung der Zuckeraufsätze von 200 auf 300 Mark pro Allogramm. Die neue Aufsätze kann aber erst am 1. November in Kraft treten. Eine offizielle Abänderung der Zuckerpresse für den laufenden Monat ist nicht mehr möglich.

Warschauer Blättermeldungen zufolge hat die Warschauer Eisenbahndirektion zehn neue Personenzuglokomotiven von der deutschen Firma Schenker erhalten. Die neuen, auch in ihrem äußeren recht schmunzenden Maschinen sind nach dem Typ P 8 erbaut und tragen die Nummern 216 bis 225. Ihre Höchstgeschwindigkeit beträgt 100 Kilometer die Stunde.

Au Bord des Dampfers „Kaperimar“ trafen in Marzelle 250 polnische Kinder ein, die seit 1918 in Tokio unter dem Schutz des japanischen Roten Kreuzes weilten. Die Kinder werden über Danzig nach Polen gebracht. Ein zweiter Dampfer, der 190 Kinder an Bord hat, wird im Laufe der nächsten Woche in Marzelle eintreffen.

Deutsches Reich.

Verhaftungen in München.

Auf Grund eines Haftbefehls des Staatsanwalts wurden verschiedene Mitglieder der Organisation Oberland verhaftet, darunter der Hauptmann Heppo Römer, Dr. Fritz Barthels, der sogenannte Hauptmann Ludwig Herberich und der Kaufmann Friedrich Endres wegen Verdachts der Vorbereitung und Aufforderung zum Mord und zu anderen Gewalttaten. Die Beschuldigten sollen an die Mitglieder des Bundes Oberland Aufforderungen zur Begehung verschiedener Verbrechen und Vergehen gerichtet haben. Es soll sich nach der „Münchener Augsburger Zeitung“ um die Ermordung politisch prominenter Persönlichkeiten handeln.

Aus anderen Ländern.

Urquhart und Krassin.

Beste Urquhart, der am Sonntag in Berlin eintraf, daß die Sowjetregierung sein Abkommen mit Krassin nicht ratifizieren wolle, kehrte nach London zurück. Er erklärte, er habe nicht die Absicht, die Dinge auf sich beruhen zu lassen.

Zu der Ablehnung des vorläufigen Handelsabkommens zwischen Krassin und Urquhart durch die Sowjetregierung sagt „Manchester Guardian“: „Rußland verliert so die meistversprechende Möglichkeit, die es hatte, zu beweisen, daß es wirklich mit der übrigen Welt Geschäfte machen will. Unvermeidlich wird man daraus schließen, daß sein Gebot in Genoa und dem Haag unausführlich war, daß es diese Konferenz lediglich als Mittel betrachtete, Propaganda zu treiben, daß es nie die feste Absicht hatte, zu einer Einigung zu gelangen, und daß es ganz allgemein mit dem Betrug derer gespielt hat, die ihm Gutes wünschten, um sie zu Narren zu machen.“

Aus Riga wird der Telegraphen-Union gemeldet, in Moskau verbreite sich das Gerücht, daß infolge der Belagerung von Genoa, das Handelsabkommen zwischen Urquhart und Krassin zu unterzeichnen, der russische Unterhändler in seine Demission bitten werde. Dagegen erklärte Litwinow in Berlin auf die Frage eines möglichen Rücktritts Krassin, daß die Sowjetregierung in solchen Fällen nicht die Praxis der westlichen Staaten befolge; Krassin werde auf seinem Posten bleiben.

Wie eine Drahtmeldung aus Moskau berichtet, ist der französische Deputierte Herriot, der bekanntlich zwecks Anbahnung wirtschaftlicher Beziehungen zwischen Frankreich und Sowjetrußland seit mehreren Wochen in Rußland weilte, im Begriff, Moskau wieder zu verlassen. Herriot erklärte sich Pressevertretern gegenüber mit dem Erfolg seiner Mission sehr zufrieden. In einem offenen Brief an Poincaré fordert Herriot eine radikale Schwärzung der französischen Politik gegenüber der Sowjetregierung und die unverzügliche Aufnahme der Handelsbeziehungen als unumgänglich notwendig in erster Linie auch im Interesse Frankreichs. Herriot wird Ende dieser Woche in Berlin erwartet.

Das neue tschechische Ministerium.

Das neue Prager Kabinett wurde am 7. Oktober gebildet. Zum Ministerpräsidenten wurde Abg. Dr. Svehla, Führer der Agrarpartei, ernannt, der im ersten Kabinett Innenminister war. Außerdem treten in das neue Kabinett auch die Führer der übrigen vier Parteien ein, welche zusammen mit der Agrarpartei eine Parlamentsmajorität bilden. Das neue Kabinett zählt 17 Mitglieder, darunter acht den bürgerlichen und sieben den sozialistischen Parteien angehörend, ferner zwei, Dr. Benes und der Minister für die Slowakei, die außerhalb der Parteien stehen.

Amerika gegen die schwarze Schmach.

Im Bundes-Senat der Vereinigten Staaten von Amerika hat Senator Hitchcock aus Nebraska von neuem in längeren Ausführungen die Schandtat der französischen Agerruppen im besetzten Gebiet gegen deutsche Frauen und andere an den Pranger gestellt. Der Senator erklärte, daß, wenn er diese Abschiede vor dem Bundes-Senat bringe, er damit die Absicht verfolge, der amerikanischen Regierung den Vorstoß zu machen, Frankreich nahe zu legen, die afrikanischen Soldaten durch weiße Franzosen zu ersetzen. Er verlas eine Reihe von an ihn gerichteten Briefen von naturalisierten amerikanischen Bürgern aus dem besetzten Gebiet, darunter einen aus Koblenz, worin es heißt: Wenn Sie hier wären und die französischen Truppen sähen, die zum größten Teil aus schwarzen Soldaten bestehen, die in der amerikanischen Uniformen und mit amerikanischen Fahnen marschieren, würde Ihr Blut sicher in Wallung kommen. Hitchcock schloß mit den

Worten: Wir mögen ruhig zusehen, während Frankreich in seiner Torheit durch Forderungen für Entschädigungen dabei ist, die deutsche Republik zu lähmen oder zu vernichten, durch Forderungen, welche die ganze Welt weiß, Deutschland gegenwärtig nicht bezahlen kann. Wir mögen sogar stillschweigende Zeugen des Sturzes der deutschen Republik sein und mitansehen, wie das deutsche Volk in seiner Verarmung in die Hände der Monarchisten oder in die Arme des Bolschewismus getrieben wird. Aber als Nation sind wir mitverantwortlich für die militärische Befestigung des Rheinlandes, und es ist unser Recht und unsere Pflicht, gegen das Einquartieren von halb zivilisierten schwarzen Truppen bei der weißen Bevölkerung zu protestieren, wo sie als Eroberer erscheinen und als Verbrecher auftreten."

Zwischen dem italienischen Außenminister Schanzer und dem tschechischen Außenminister Benesch herrschte auf der Konferenz in Venedig volles Einvernehmen über die Richtlinien der in der Zukunft zu verfolgenden mitteleuropäischen Politik der beiden Mächte. Beschlüsse der adriatischen Verkehrsfragen wird demnächst in Triest eine Konferenz der österreichischen Nachfolgestaaten stattfinden, um die in Venedig getroffenen Vereinbarungen zu paraphrasierten.

Saatenslandsbericht aus Pommerellen.

Ähnlich wie im vorigen Berichtabschnitt war auch in diesem regnerisches Wetter vorherrschend. Die Ernte zog sich daher außerordentlich lange hin. Hier und da stehen sogar noch heute Reste der Ernte auf dem Felde. Bei dem bisher gedrückten Getreide kann man daher vielfach eine geringere Qualität infolge Verregens feststellen. Der Roggen hat meist nur ein geringes holländisches Gewicht, der Weizen zeigt oft Auswuchs und häufig auch viel Brand, was wohl darauf zurückzuführen ist, daß in den letzten Jahren die Weizenmittel knapp und kaum zu haben waren. Im allgemeinen scheint der Roggen ganz gut zu lohnen. Die Weizenenernte befriedigt weniger. Sommerung ist erst vereinzelt gedrohen worden.

Der Stand der Hackfrüchte ist bis jetzt noch im allgemeinen äußerlich zufriedenstellend. Die Kartoffeln verprechen eine normale bis gute Ernte, jedoch leiden sie durch den Regen schon jetzt auf vielen Böden. Zum Ausreifen ist dringend trockenes, sonniges Wetter erforderlich. In diesem nassen Jahre zieht sich dem aufmerksamen Beobachter besonders, welche Kartoffelsorten krankheitsempfindlich sind und daher durch bessere zu ersetzen wären. Die Zuckerrüben und Futterrüben haben durch die viele Nässe auch schon etwas gelitten, was sich oft äußerlich durch ein Gelblichwerden der Blätter zeigt.

Der zweite Schnitt des Hafer ist überall reichlich ausgefallen. Reifer steht noch viel wertvolles Futter ungenutzt auf den Wiesen- und Ackerflächen, da das schlechte Wetter die Verwertung unmöglich macht. Das gilt auch für den Saatklee, der vielfach noch gar nicht gemäht wurde, weil er bei der kühlen und feuchten Witterung nicht reifen will. Der einzige Vorteil, den die Regenzeit geboten hat, ist der, daß Wiesen und Weiden so stark nachwachsen, ebenso der junge Klee, daß augenblicklich die Futternot für die Viehhöfe überall befriedigt sein dürfte. Dem Winter allerdings steht der Landwirt infolge der sehr geringen Stroh- und Heuernte mit Sorgen entgegen.

Die Herbstsaatbestellung ist noch vielfach stark im Rückstand, weil namentlich auf schweren Böden das viele Regenwetter die Ackerarbeit andauernd stört. Hier und da sieht man schon aufgelaufenen frühbestellten Roggen oder Weizen.

In jeder Beziehung ist für die nächsten Wochen trockenes und warmes Wetter erwünscht. Einmal, damit die Wiesen reifer werden und die Kartoffeln ausreifen, sodann aber auch, damit die Arbeiten auf dem Felde energisch gefördert werden können und dadurch wenigstens ein Teil der allgemeinen Verpöpfung wieder eingeholt wird.

Aus Stadt und Land.

Der Nachdruck sämtlicher Original-Artikel ist nur mit ausdrücklicher Angabe der Quelle gestattet. — Allen unsern Mitarbeitern wird strengste Verschwiegenheit zugesichert.

Bromberg, 13. Oktober.

Die Anschulung der Schiffsanlagen.

Vor kurzem haben wir die von der zuständigen Amtshaus beschlossene Maßnahme behandelt, an den Schleusenanlagen etwa 4—500 Bäume niederzulegen, weil diese angeblich die Spaziergänger gefährden. Zu dieser Angelegenheit erhalten wir eine Zuschrift, in der es u. a. heißt:

„Der noch einmal die im Strahl der Herbstsonne ihre ganze Schönheit zeigenden Schleusenanlagen durchwandelnd, der ich empört darüber, daß man diese für uns Bromberger so schwer erscheinende dem Untergange überantwortet hat. Ich meine ausdruckhaft es dem allen Bromberger auch erscheinenden mag, so stehen wir doch vor der Tatsache, daß im letzten Frühjahr unsere Schleusenanlagen nicht mehr über Material, was dann noch stehen wird, das unverwendbar dieses Naturereignis sein. Zur Begründung hat das Wasserbauamt eine angebliche Gefährdung der Spaziergänger durch herunterfallende Äste bei Sturmwind herangezogen und zum Anlaß zu ihrer „Maßnahme“ gemacht. Man wird gestehen, daß dieses Mäntelchen recht dünn ist. Wenn man überall so besorgt wäre um das Wohl der Einwohnerlichkeit wie auf dem Wasserbauamt, dann hätte es überhaupt keine Anlagen mit Bäumen und keine Wasserbauten usw. geben! Wenn unser Wasserbauamt aber wirklich sein Herz für das Wohlfühlen der Bürgerlichkeit empfindet, so möchten wir sein Augenmerk auf ein anderes, auf das wir zweifellos allgemeine Anerkennung und Lob eintragen würde — nämlich den alten Kanal in Ordnung zu halten und ihn nicht zu einem stinkenden Menschenfreundlichen Tat nicht unternimmt, müssen wir uns empfehlen die Abholzung mehr! Schreiber dieser Zeilen sieht jeden Bürger, jede Bürgerin eintragen kann und muß, um damit die Zustimmung zu dem Einspruch auszusprechen. Es darf nur eine Stimme der Verurteilung für die beschlossene verhängnisvolle Maßnahme geben! Zum Schluß noch eins: Die Stadt hat uns doch mit der Vollmacht beauftragt, daß sie nun endlich, endlich die Schleusenanlagen aber neu nehmen werde. Sollte sie etwa...? selbst die Hand dazu bieten sollte, ihre Schmuckstätten zu künden! Die Bürgerlichkeit jedenfalls wird kaum Verständnis dafür haben, ihre Stadt auf ein Niveau wie vor 150 Jahren herabsinken zu sehen.“

8. Jahresversammlung der Friseur. Gestern Abend fand im „Quisto“ (früher „Karmeliterhof“) eine Versammlung der hiesigen Friseur- und Perückenmacher-Vereinigung statt. Beteiligt wurde die bereits in der vergangenen Woche erfolgte Erhöhung der

Preise für Friseurarbeiten. Alle Redner betonten die Notwendigkeit dieser Erhöhung, die durchaus im Rahmen der allgemeinen Preissteigerung geblieben sei. Von einem Redner wurde u. a. gesagt, daß die Friseur ein ebenso großes Recht darauf hätten, hin und wieder einmal Kinos, Cafés oder Theater zu besuchen wie andere Leute, und daß diese Wege zur Geistesbildung ihnen nicht verschlossen bleiben dürften. Über das Gehalt der Lehrlinge wurde ebenfalls kurz gesprochen. Dabei wurde u. a. der Meinung Ausdruck gegeben, die Lehrlinge sollten sich nicht stillschweigend mit einer unzureichenden Bezahlung zufrieden geben. Im weiteren Verlaufe der Sitzung beschloß man die Auflösung der Innungs-Sterbekasse. Über den Vorschlag einigte man sich dahin, daß die Raten an gewöhnlichen Tagen um 6 Uhr, an den Sonntagen und den Tagen vor den Feiertagen um 7 Uhr geschlossen werden sollen.

Der Geflügelzüchterverein hielt am 11. d. M. im Zivilkassino eine Mitteilungsversammlung ab, in der zunächst der Vorsitzende dem verstorbenen Mitgliede Herrn Düring, der sich um die Taubenzüchter verdient gemacht hat, einen ehrenvollen Nachruf widmete. Alsdann empfahl der Vorsitzende eine rege Beschickung der ersten Allgemeinen Landesausstellung für Geflügel, Tauben und Kanarienvogel, die vom 24. bis 26. November d. J. in Warschau stattfindet und allen Züchtern die besten Abzuchtchancen bietet. Die Briefschaften auf dieser Ausstellung wird der Vorsitzende des hiesigen Geflügelzüchtervereins, Seminarlehrer Will, richten. Anmeldungen sind an das Komitee der Ausstellung in Warschau, Kopernika 30, oder an die Woiwodska Izba Rolnicza (Landwirtschaftskammer) in Posen, Mickiewicza 33, zu richten. — Die Ausstellung der hiesigen Kleintierzüchtervereine wird vom 13. bis 15. Januar stattfinden. In der Novemberkürung, die am 8. November, abends 8 Uhr, wieder im Zivilkassino abgehalten wird, und zu der auch die anderen hiesigen Kleintierzüchtervereine geladen werden sollen, werden alle Einzelheiten der Ausstellung endgültig festgelegt werden.

8. Fahrzeugdiebstahl. Vorgestern wurde einem Herrn Teofil Deptala aus Hohenholm (Male Kapuciska), Chausseestraße (Gordonska) 20, sein Fahrrad mit der Nummer 515 560 im Werte von 60 000 Mark gestohlen, das er vor dem ehemaligen Regierungsgebäude hatte stehen lassen. — Ebenfalls in der Wilhelmstraße wurde einem Herrn Alois Krusznicki, wohnhaft Bahnhofstraße (Dworcowa) 89, ein zweirädriger Handwagen im angegebenen Werte von 100 000 Mark gestohlen.

3. Einbruchdiebstahl. In letzter Nacht drangen Diebe mittels Nachschlüssel in die Wohnung des Herrn Heinrich Weidert, Windmühlstraße (Wiatrakowa) 14. Sie entwendeten dort Wäsche und Kleidungsstücke im Werte von zwei Millionen Mark.

Vereine, Veranstaltungen etc.

Chor der Christus- und Paulskirche. Probe am Freitag, abends 8 Uhr, im unteren Saale des Gemeindefaßes. Nege Beteiligung erwünscht. Neuanmeldungen, besonders Männerstimmen, werden gern entgegengenommen. (10748)

Landesl. Gemeinsh. Fischerstraße 8b, feiert am Sonntag, 15. d. M., nachmittags 4 Uhr, ein Erntedankfest. Festredner: P. Geseffel und P. Michalowski u. a. Posaunen- und Gesangschor wirken mit. (11040)

Einem Piederabend veranstaltet am Freitag, 20. Oktober, die Koncertfängerin Elisabeth Obhoff aus Berlin, eine der bekanntesten und größten Gesangsartistinnen. Außer bekannten und selten gehörten Liedern von Schubert, Schumann und Richard Strauß kommen auch vier Lieder einer zeitgenössischen jungen Komponistin, namens Faltis, zu Gehör. Das Konzert, vom Deutschen Frauenbund Bromberg angeregt, dient einem edlen Wohlfahrtszweck: Der Reinertrag ist zum Besten der notleidenden Alten bestimmt, auf denen der Druck der Reklame mit besonderer Schwere lastet. Um so mehr ist starke Anteilnahme erwünscht. Siehe geistige Anzeige. (11017)

Café-Restaurant Rawiarnia, Gdansk 165. Solides Familienlokal. Täglich Konzert. Näheres f. Anzeige. (11037)

* Argentin, 12. Oktober. Am 10. d. M., nachmittags 4 Uhr, fand im Hotel Weiler hierseits eine gut besuchte deutsche Wählerversammlung statt. Nach einleitenden Worten durch den Versammlungsleiter, Baumeister Emil Pachulski aus Argentin, hielt Fräulein Martha Schnee, vom Deutschbundsverband aus Bromberg, einen längeren Vortrag über alle aktuellen Minderheitenfragen. Rednerin mahnte alle Versammlungsteilnehmer mit eindringlichen Worten an ihre heilige Pflicht für die kommenden Sejm- und Senatswahlen. Mit spannender Aufmerksamkeit folgte die Versammlung den sehr interessanten Ausführungen. Als zweiter Redner wies der Sejmekandidat Landwirt Goring-Spital ebenfalls auf die Wichtigkeit der kommenden Wahlen hin und ermahnte die Frauen und Anwesenden, sich unbedingt ihrer Pflicht zu erinnern. — Nach einer kurzen Diskussion über Organisationsfragen während der Wahl, und nach einem kurzen Schlusswort wurde die ohne Zwischenfälle verlaufene Versammlung durch den Leiter geschlossen. Ein gutes Stück Aufklärungs- und Organisationsarbeit ist hiermit im hiesigen Bezirk geleistet worden.

* Rentomischel (Rown Tomski), 10. Oktober. Zu dem schweren Kirchenraub in der Parochialkirche zu Witomischel hiesigen Kreises werden noch folgende Einzelheiten berichtet: Den raffinierten Kirchenschändern fielen alle wertvollen Gegenstände (goldene, silberne und vergoldete Kelche, Büchsen, Kreuze usw.) in die Hände, darunter auch eine silberne, stark vergoldete Büchse mit romanischer Ornamentierung (Weintrauben mit Blättern), 35 Zentimeter hoch (auf dem Boden der Büchse ist höchstwahrscheinlich das Wort „Witomischel“ eingraviert); ein Kreuz aus Messing (der Leib des Heilands aus reinem Gold), 60 Zentimeter hoch, gearbeitet in Regensburg; ein Kleid aus silbernem Zeug, mit Gold und Silber bestickt; zwei kleine Bordo-Teppiche in türkischem Muster (Größe 90x150), zwei Schleier, eine weiße Decke mit Spitzenbesatz, 12 weiße Mekhemden mit Spitzenbesatz, 7 Altardecken, ein Mekhemd (Alba), sowie die gesamte Kirchenschätze. Ferner wurde von den Dieben auch noch die Opferbüchse erbrochen und aus derselben ca. 2500 Mark entwendet. Mit Ausnahme des Kreuzes, das die Kirchenschänder von dem Hochaltar herabholten, und dem Gelde aus der erbrochenen Opferbüchse, wurden alle anderen Gegenstände aus der Sakristei gestohlen.

* Posen (Poznań), 12. Oktober. In der gestrigen Stadtratsversammlung entspann sich nach der Erhöhung des Wasserpreises von 80 auf 120 M. für das Kubikmeter und einer weiteren Erhöhung der elektrischen Licht- und Kraftstrompreise (für Beleuchtung von 180 auf 240 M. und für Kraftwerke von 265 auf 390 M.) eine Aussprache über die Wiedereinführung des Lebensmittelpreises. In diesem Zweck sind der Stadt 90 Millionen M. überwiesen worden. Auf den Antrag des Stadts. Riemtschki, das Geld zur Befämpfung der Lebensmittelpreiserhöhung zu verwenden, erwiderte der Bürgermeister Dr. Kiedacz, daß diese Summe zur Durchführung einer derartigen Aktion nicht mehr genüge. Es müsse abgewartet werden, bis der Staat den Fonds auf das Doppelte erhöht habe. Die Erhöhung der Schlachthofgebühren und der Marktpreisgebühren wurde antragsmäßig angenommen,

desgleichen die Erhöhung des Kanalpreises, mit 120 M. für das Meter Länge. — Gestern wurde in der Gegend des Domes der achtjährige Schüler Eignung Walgorzki von einem Kraftwagen so unglücklich überfahren, daß er auf dem Wege nach dem Stadtfrankenhaus starb. Wer die Schuld an dem Unglücksfall trägt, steht noch nicht fest. Posen (Poznań), 11. Oktober. Sein 50-jähriges Jubiläum beging am Montag, 9. Oktober, der Rittergutsbesitzer Ignaz Sarrazin in Kruszwania, Kreis Posen-St. Der Besitzer gehört einer angesehenen deutschen Großgrundbesitzerfamilie an, von der nicht weniger als 11 Erbkinder in der ehemaligen Provinz Posen angesehnt sind.

* Paderewitz, 12. Oktober. Beim Gänsefischfang erschossen. Gestern nachmittags gegen 2 Uhr wurden auf einem Ackerfelde bei Ditzau in der Nähe von Paderewitz zwei Männer beobachtet, wie sie von dort weisenden Gänsen einige fingen und auf der Stelle abschlugen. Eine arbeitende Frau machte dem Eigentümer der Gänse, einem Kolonisten Niemeyer, davon Mitteilung, der sich sofort mit anderen Leuten an die Verfolgung der Gänsefische machte. Diese gaben auf ihre Verfolger Schüsse ab. Nunmehr borgte sich Niemeyer von seinem Nachbar ebenfalls eine Schusswaffe, und die Verfolgung der Gänse ging weiter. Plötzlich fiel aus der Menge der Verfolgten ein Schuß, der den einen Gänsefisch in den Kopf traf, so daß er sofort tot umfiel. Der zweite Dieb entkam. Die sogleich aus Posen gerufenen Kriminalbeamten stellten in dem Getöteten einen Eisenbahner aus der Bierabziele 13 (fr. Bitterstraße) in Posen, namens Vincent Paszkiewicz, Vater von fünf Kindern, fest.

Aus den deutschen Nachbargebieten.

* Elbing, 10. Oktober. Tot aufgefunden wurde laut „Elb. Rzt.“ eine ältere Elbinger Dame als Opfer des Rentnerichs. Obwohl sie in der Jugend gewarnt und auch jetzt noch tüchtig sich betätigte, ging es immer mehr mit den Einnahmen bergab. Warum meldete sich die Dungen nicht beim Armenvorsteher? Es gibt eben noch Menschen aus der so veralteten Schule, die lieber verhungern, als daß sie der Armenfürsorge zur Last fallen: die verschämten Armen.

* Belgard (Pomm.), 11. Oktober. Er kann sich's leisten! Aus dem von Stettin kommenden D-Zug stieg ein „jüngerer Herr“ aus, der total betrunken war. Ein am Zuge vorbeigehender Obstverkäufer bot dem Fahrgast seine Ware an, der auch eine Kleinigkeit kaufte und mit einem Reichtumsmarktschein bezahlte. Als der Obstverkäufer herausgeben wollte, antwortete der Reisende: „Stimmt so — behalte doch den Rappen!“

Aus der Freistadt Danzig.

* Danzig, 12. Oktober. Am Dienstag wurde in Danzig in der Aula des Polytechnikums die „Deutschkundliche Woche“ durch den Senator Strumpf eröffnet. Es werden Vorträge von bedeutenden Männern der Wissenschaft über alle Zweige der deutschen Kultur gehalten, deren Eigenart sich gerade jetzt den Danzigern tief einprägen soll.

Eingefandt.

(Für diese Rubrik übernimmt die Schriftleitung nur die prozessgerichtliche Verantwortung.)

Ein offener Brief an den Herrn Minister des Innern Kamischski.

Herr Minister! Vor etlichen Monaten haben Sie sich, wie wir von drei Sejmabgeordneten mitgeteilt wurde, erdreistet, mich einen Feind des Polnischen Staates zu nennen, und daß Sie angeblich aus diesem Grunde auch den „Bund der Deutschen Polens“, an dessen Spitze ich stehe, nicht hätten legalisieren wollen. Ich will dieses Ihr Verhalten mir gegenüber auf keinen Fall damit in Verbindung bringen, daß mir von den Ihnen in P. o. d. z. untergebenen Organen bis heute kein Paß ausgestellt wird. Ich will Ihre unrichtigen Behauptungen auch nicht damit in Verbindung bringen, daß vorgestern mein Sohn, ein Gymnasiast in Bromberg, von den Ihnen in Bromberg unterstellten Polizeibehörden ins Gefängnis geworfen wurde — angeblich: „als eine der Spionage verdächtige Person“.

Das alles kann sich ja auch ohne Ihr Wissen und Wollen ereignen. Jedoch erlaube ich mir, Herr Minister, Sie hiermit öffentlich zu fragen:

1. Halten Sie es für richtig, daß die Seele eines Knaben, der durch das unglückliche Erlittene Leiden seines Vaters (fünf Monate Untergrundhaft wegen des ganz unhaltbaren Verdachts der Spionage) schon zur Genüge erlitten ist, noch dadurch immer mehr mit peinlichen Gefühlen der Regierung seiner Heimat gegenüber erfüllt wird, daß man ihn selbst auch noch verhaftet, wie einen erfolglosen Delinquenten durch die Straßen der Stadt schleppt wie einen gemeinen Verbrecher in den Kerker, und dazu noch der „Spionage“ bezichtigt?
2. Halten Sie es für der Würde unseres Staates entsprechend, daß ernste Herren der Zivil- und Militärverwaltung sich damit befassen, ein politisches Verfahren gegen einen Schulknaben einzuleiten, weil er — der beste Zeichner in der Schule —, sich in das Klassenheft die malerische Ansicht der Bromberger Schleusen nach der Natur hineinzeichnet, die ja auf Postansichtskarten in jeder Papierhandlung käuflich zu erwerben ist?
3. Wäre es nicht richtiger, wenn Ihre Untergebenen anstatt den von ihnen plötzlich von der Straße in Haft genommenen Gymnasiasten Georg von Behrens die Arrestantenpreise und die Straßlingskost erproben zu lassen, sich damit begnügen müßten, — mein Kind zum Schlafen in seine Wohnung zu entlassen, nachdem doch seine Personalkarte einwandfrei festgestellt waren?

Man hat meinem Sohne auch aufgegeben, seine sämtlichen Zeichnungshefte am 17. d. M. vom Gymnasium „zur Prüfung“ in die politische Polizei zu bringen. Ich finde diese Anordnung unpedagogisch und ungerechtfertigt. — Lassen Sie, Herr Kamischski, Ihre Herren Agenten besser gleich eine große Hausdurchsuchung im Deutschen Gymnasium anstellen und bei allen Schülern dieser deutschen (also wohl auch eo ipso „Rassfeindlichen“) Lehranstalt.

Mit der Ihnen, Herr Minister, zukommenden Achtung zeichne ich Ihr

Dr. Eduard von Behrens, Erster Vorsitzender des Bundes der Deutschen Polens (Dobz). Bromberg, den 12. Oktober 1922.

Best das Blatt der Deutschen: die „Deutsche Rundschau“.

Hauptchriftleiter: Gotthold Starke; verantwortlich für Politik: Johannes Kruse; für „Stadt und Land“ und den anderen redaktionellen Teil: Karl Benisch; für Anzeigen und Reklamen: E. Przygodziński; Druck und Verlag von A. Dittmann & Co. m. b. H., sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 6 Seiten.

Pommerellen.

12. Oktober.

Thorn (Toruń).

Aus dem Thurner Stadtparlament. In der am Mittwoch, nachmittags stattgehabten Sitzung bewilligte das Stadtverordnetenkollegium zwei Millionen Mark für Beschaffung billigen Brotes für die ärmere Bevölkerung; ferner eine Million Mark Kosten für die Veranlassung der Volkszählung im vergangenen September und endlich zwei Millionen Mark für den Umbau des Hotels „Museum“ (in der Nähe des Gymnasiums) zwecks Gründung einer großen Leihbibliothek. Für die 1 1/2-Millionen-Anleihe, welche das Rote Kreuz zwecks Herausgabe einer Festschrift anlässlich des 450. Geburtstages Nikolaus Copernikus' aufnehmen will, leistet die Stadt Garantie. Eine besondere Kommission soll die Verminderung der Schanksteuern in der Stadt auf nur 20 in die Wege leiten. Die Genehmigung zur Einhebung des alten Friedhofes in Thoren wurde erteilt.

Ministerbesuch in Thorn. Justizminister Małowski reiste am Mittwoch und Donnerstag in Thorn. Um Berichte über den Zustand des Gerichtswesens in Pommerellen entgegenzunehmen.

Der deutsche Seimabgeordnete Barczewski-Soldau wird an folgenden Orten des Wahlkreises XI (Thorn, Culm, Briesen, Ebbau, Soldau, Stabsburg) in Wählerversammlungen teilnehmen, und zwar am Dienstag, 17. Oktober, in Culm, am 18. Oktober in Gurske, am 19. in Briesen, am 20. Oktober in Thorn, am 24. in Stabsburg, am 25. in Ebbau, am 26. in Großschauen, am Freitag, den 27., in Culm, am 29. in Ebbau und am Montag, den 30. Oktober, in Soldau. Voraussichtlich werden ihn die Kandidaten Anführer Moritz aus Wilhelmshagen, Kreis Culm, und Ritter-Adelshausen aus Briesen, Kreis Briesen, begleiten. In Thorn findet die Wählerversammlung wahrscheinlich im „Concordia-Saal“ (früher Bürgergarten, Culmer Chaussee) statt.

Von der Weichsel bei Thorn. Der Wasserstand ist um weitere zwei Zentimeter zurückgegangen und betrug Donnerstag früh 2,62 Meter über Null. Der Thorer Dampfer „Madraslan“ fuhr heute mit einem leeren Kahn im Schlepp nach Białocław (Konarkowen). Einacetroffen sind sechs Traktoren, aus der Pinder Gegend kommend.

Culmsee (Chelmża), 12. Oktober. Tischlermeister Kurt Schmitt hier hat seine mechanische Bau- und Möbelwerkstatt an den Tischlermeister Musalewski, dortselbst, verkauft. Das Geschäftliche Expeditions-Geschäft hier ist von Herrn Józef Rólkowski käuflich erworben und am Mittwoch übernommen worden.

Diebstahl (Czerw), 12. Oktober. Einen frechen Raubver such unternahm ein aus Białocław angereister Mann namens Winkowski im hiesigen Mariensaal 4. Klasse. Ein hiesiger Anzeigener traf ihn dort an und konnte ihm dort aus Mitleid einige Getränke. Als Dank dafür rief ihm W. plötzlich die goldene Uhr aus der Tasche. So sah die Kette und versuchte darauf zu stehen. Der überfallene verfolgte ihn jedoch und es gelang dann auch schließlich mit Hilfe zweier Kriminalbeamten, ihn zu fassen.

h. Gorano, 11. Oktober. Dem gestrigen Jahrmärkte mit Ausnahme von Schweinen viel Vieh angeführt. Die Preise in der Höhe angegangen waren, wurde recht fräftig gehandelt. Schöne Pferde wurden mit 400 000 bis 500 000 Mark gehandelt, für schlechteres Material zahlte man 150 000 bis 300 000 Mark. Fohlen kosteten 100 000 bis 150 000 Mark. Milchkuhe waren zu 100 000 bis 150 000 Mark, Jungrinder zu 60 000 bis 90 000 Mark und Kälber zu 25 000 bis 50 000 Mark vorhanden. Der Schafmarkt wurde recht los aufgeführt. Die Preise schwankten zwischen 15 000 bis 30 000 Mark. Riegen kosteten 17 000 Mark. Für Geflügel waren folgende Durchschnittspreise: Hühner 1800 Mark, Gänse 4000 Mark und Enten 2000 Mark. Für ein Pfund Butter wurde man 1500 bis 1600 Mark anlegen. Die Nachfrage in Eiern konnte gar nicht befriedigt werden; anfänglich zahlte man für die Mandel 900 Mark, später 1000 Mark. Hühner und Ankel kosteten 80 bis 100 Mark und Pflaumen 100 Mark das Pfund. Sehr viel Weiskohl war vorhanden. Zentnerweise kostete er 2800 bis 3000 Mark.

dr. Pöban (Pobana), 9. Oktober. Eine merkwürdige Affäre der Diktionsfrist bezugende der Pöbaner Magistrat unter seinem neuen Bürgermeister. Bei der alleinigen Besetzung der Pöbaner Stelle erschien in vergangener Woche ein Beamter des Magistrats und fraate, ob die Familie interessiert habe. Auf die Bejahung hin erschien er etwas später wieder, mit dem Befehl, die Familie solle binnen 24 Stunden ausziehen. Als sie sich weigerte, wurde sie nach der Zeit einfach zum Auszug gezwungen, indem man ihre Sachen auf den Markt schaffte.

Soldau (Działdowo), 11. Oktober. Ein eigenartiger Fall hat sich vor dem hiesigen Standesamt ereignet. Ein Landwirt aus der Umgegend wollte eine junge Frau heiraten. Er hatte seiner 17-jährigen Auserwählten vorab versprochen, 32 Jahre alt zu sein. Bei der Aufhebungsverhandlung stellte sich aber heraus, daß der Bräutigam 52 Jahre alt ist. Die Folge war, daß der Schwiegervater nachdrücklich die Genehmigung zur Eheschließung zurückzog.

Starogard (Starogard), 12. Oktober. Das Tribunal des Straßengerichtes, das in der vergangenen Woche im Kreisgerichtsgebäude in einer Spionagefahse bolschewistischer Agenten verhandelt hatte, erlebte eine ungewöhnliche Überraschung. Als man den Verhandlungsaal betrat, bot sich ein erschreckender Anblick. Der ganze Saal sowie der Tisch des Tribunals und des Staatsanwalts waren bedeckt mit geklachten Kacheln, Ziegeln und Lehm des gesprengten Riesensofens, der sich im Saale befand. Natürlich kam sofort der Gedanke, daß auf das Tribunal ein Anschlag geplant gewesen sei. Die weiteren Ermittlungen indes ergaben, daß der Ofen bei seiner Zerstörung infolge entstandener Gase explodiert sei, da er vorher zum erstenmal in diesem Herbst angeheizt und dann nach Ausbrennen der Kohlen geschlossen war.

Aus Kongresspolen und Galizien.

Warschau, (Warszawa), 12. Oktober. Eine Fabrik gefälschter Pässe wurde wiederum entdeckt. Es wurden dort Pässe sowie sämtliche benötigten Wisen und Unterdruckschichten gefälscht. Die Gebühr derartiger Pässe betrug durchschnittlich 200 000 Mark.

Wod, 12. Oktober. Konfiszialrat Gundorben im Alter von 72 Jahren plötzlich verstorben. Mit ihm ist einer der bekanntesten und bedeutendsten Männer unserer Stadt und unseres ganzen Landes dahingegangen. Die viele hingebungsvolle und aufopfernde Arbeit, die die Gesundheit dieses sonst so rüstig gewesenen Mannes leider allmählich untergraben, aber in treuer

Pflichterfüllung stand er trotz seiner Unfähigkeit weiter auf seinem Posten. Gestern vormittag um 11 Uhr als er in Ausübung seines Berufes als Seelsorger zu einem Kranken fuhr, um ihm das heilige Abendmahl zu reichen, verschied er unterwegs im Straßenbahnwagen plötzlich am Herzschlag.

Zum deutsch-polnischen Handelsvertrag.

Eine Stimme der Vernunft.

Über die Bedeutung der wirtschaftlichen Annäherungen zwischen Deutschland und Polen schreibt der bekannte Volkswirtschaftler Wladisław Studnicki in der Wilsner „Gazeta Krajowa“:

Eine der aktuellsten Angelegenheiten ist der Handelsvertrag mit Deutschland, weil er eine große politische und wirtschaftliche Bedeutung für Polen und für Europa besitzt.

Im Laufe der letzten Jahre entwickelte Polen eine rege Tätigkeit im Handel mit Roggen, Getreide und Eisen, in der Textilindustrie wurde die Vorkriegsnorm erreicht und in der an und für sich wenig erfolgreichen Eisenproduktion sogar 90 Prozent; nur in der Baubewegung herrscht Stillstand: es werden weder Wohnhäuser noch Fabriken gebaut, sowie keine Renovierungen ausgeführt. Von Jahr zu Jahr versinken die Gebäude und Installationen, sie gehen zu einem gewissen Prozentsatz der Vernichtung entgegen und der langandauernde Stillstand nimmt hinsichtlich ihrer Wiederherstellung katastrophale Formen an. Diese Stillstandsperiode dürfte nach Abschluß des Handelsvertrages mit Deutschland ein Ende finden; dank diesem Vertrag werden die Installationen und das Baugewerbe in Polen im Verhältnis zu den Preisen für Lebensmittel billiger und der Absatz für Konsumartikel bei Vernichtung des deutschen Marktes wird bedeutender und vorteilhafter und die polnische Landwirtschaft wird größere Fortschritte machen können.

Die polnische Industrie, die heute 100 Prozent der Vorkriegsnorm übersteigt, hat große Chancen, eine Reihe von europäischen Märkten zu gewinnen, und zwar den ungarischen, bulgarischen und jugoslawischen, es ist auch nicht ausgeschlossen, daß sie auf den Märkten der neutralen Staaten mit hoher Valuta festsetzen kann. Die polnische Industrie braucht die Verbesserung der Qualität ihrer Erzeugnisse, um im Konkurrenzkampf die böhmische Industrie zu besiegen. Zur Verbesserung ihrer Erzeugnisse braucht sie aber deutsche Farben, sowie in vielen Fällen neue Maschinen und Werkzeuge, die am billigsten Deutschland liefern kann.

Polen hat, trotz des deutschen Bankrotts, eine bedeutende Anzahl deutscher Erzeugnisse verbraucht, und der Export aus Deutschland nach Polen über Wien und Danzig hat den Export eines jeden fremden Staates überstiegen. Wir mühten allerdings einen hohen Tribut an die Vermittler zahlen, der wiederum unsere Zahlungsbilanz und Valuta in höchstem Maße schädigte. Die Abschließung eines Handelsvertrages mit Deutschland, die eine Klausel der Meistbegünstigung enthält, würde zweifellos zum Faktor der Verbesserung unserer Zahlungs- und Handelsbilanz werden.

Während in der letzten Zeit in den deutschen Aktiengesellschaften fremdes Kapital in hohem Maße anzutreffen ist, nimmt das deutsche Kapital Anteil an Transport-Unternehmungen der Vereinigten Staaten und an vielen neuen Fabriken Italiens, Österreichs und anderer Staaten. Das kommt daher, daß das Kapital der neutralen Staaten eine Anlage durch deutsche Unternehmungen macht, denen es Vertrauen entgegenbringt und die mit den wirtschaftlichen Verhältnissen mehrerer Staaten gut vertraut sind und dorthin mit fremdem Kapital gehen. Die Industrie Polens nahm den fremden Kredit vor dem Kriege durch die deutsche Vermittlung in Anspruch; gegenwärtig bieten die Produzenten der Rohbaumwolle in den Vereinigten Staaten den deutschen Firmen einen großen Kredit an, d. h. große Mengen Rohbaumwolle zu günstigen Kreditbedingungen. Diesen Kredit werden unsere Industriellen von den deutschen Exporteuren benutzen können.

Die politischen Vorteile des Handelsvertrages mit Deutschland, gestützt auf die Klausel der Meistbegünstigung, sind sehr bedeutend. Die Unpopularität Polens auf dem internationalen Terrain ist durch den scharfen polnisch-deutschen Antagonismus hervorgerufen worden. Europa sieht in dem verstärkten Antagonismus einen wichtigen Faktor der Gefahr für den europäischen Frieden. Der Handelsvertrag mit der Klausel der Meistbegünstigung wird daher zur Milderung der polnisch-deutschen Feindschaft beitragen, weil er die Quelle für eine Reihe von sehr wichtigen Geschäften für beide Seiten sein wird.

Der Wille Deutschlands, uns von dem bolschewistischen Rußland überfluten zu lassen, wird geschwächt und durch das Gefühl derjenigen Interessen neutralisiert, die nach der Abschließung des polnisch-deutschen Vertrages entstehen werden. Polen, mit seinen 29 Millionen Einwohnern, ist heute ein wichtiger Absatzmarkt, als das Handelszweig-Millionen-Rußland. Deutschland wird seine Stellung gegenüber Rußland durch den polnisch-deutschen Handelsvertrag nicht schwächen, sondern stärken.

Der polnisch-deutsche Handelsvertrag wird von den meisten Staaten Europas mit Genugtuung aufgenommen, als eine Sicherstellung des Friedens und eine Grundlage zur Wiederaufhebung des wirtschaftlichen Lebens in Europa.

Für Deutschland hat der Handelsvertrag mit Polen eine direkte wirtschaftliche Bedeutung. Deutschland befand vor dem Kriege eine geringe landwirtschaftliche Produktion, die derjenigen der Industrie nicht entsprach; nach dem Kriege verlor Deutschland die landwirtschaftlichen Provinzen: die Provinz Polen und einen größeren Teil Westpreußens. Die landwirtschaftliche Produktion in Deutschland hat sich nunmehr bedeutend verringert. Die Roggenproduktion im Jahre 1920 fiel im Vergleich zu 1913 auf 50 Prozent, der Getreide auf 55 Prozent, des Hafers auf 56 Prozent. Der Import landwirtschaftlicher Produkte beträgt 53 Prozent der Vorkriegsnorm. Der Fleischexport dagegen kommt 286 Prozent der Vorkriegsnorm gleich. Der Butter- und Margarineexport beträgt 186 Prozent der Vorkriegsnorm, der Weinkonsum 72 Prozent.

Der verringerte Weinkonsum beweist die Verarmung Deutschlands, der verringerte Konsum von Erdfrüchten, der eine gewisse Wiederausgleichung im Preis- und Fettverbrauch findet, beweist wiederum die Verpflegungsschwierigkeiten Deutschlands, die durch die Annahme der landwirtschaftlichen Produktion in den Nachbarländern und vor allen Dingen in Polen, besetzt werden können.

Rußland exportierte nach Europa 600 Millionen Pud Getreide. Das Fehlen dieser Position in der Handels-

bilanz Europas vergrößert die Verpflegungsschwierigkeiten. Es wäre nun angebracht, daß Polen mit anderen von Rußland abgetrennten Ländern Rußland als Getreidelieferant in Europa ersuchen würde, was erreicht werden kann, wenn die Produktion des polnischen Staates dem Sektor der Vorkriegsnorm entsprechen wird.

Die wirtschaftliche Kooperation zweier Nachbarländer, Polens und Deutschlands, kann bedeutende Resultate in der landwirtschaftlichen Produktion in beiden Ländern zeitigen. Deutschland veranlagte bis zur letzten Zeit bedeutende Summen für die Ermäßigung der Preise der landwirtschaftlichen Produkte. Diese Position wurde aus Sparmaßregeln durch den Budget Deutschlands gestrichen. Deshalb haben Handelsverträge mit den benachbarten Staaten für Deutschland eine ersteilliche Bedeutung.

Zur Hebung der polnischen Landwirtschaft, der es an lebendem Inventar mangelt, wäre der Import von Erzeugnissen zur Verbesserung des Viehstandes am Platze. Vor dem Kriege entwickelte Polen im Getreidehandel eine rege Tätigkeit, auch Provinzen, die über eine geringe Bilanz im Getreidehandel verfügten, wie Ostgalizien, das Wilsner Gebiet usw. besaßen eine aktive Bilanz im Fleischhandel, sowie im Handel mit lebendem Inventar.

Der deutsche Konsument leidet jetzt infolge der hohen Preise für Industrie-Erzeugnisse auf dem inneren deutschen Markt, und zwar aus dem Grunde, weil die Valuta der industriellen Länder Europas bedeutend höher ist als die deutsche, so daß der Export von Erzeugnissen dieser Länder nach Deutschland und eine Konkurrenz mit ausländischen Waren auf diesem Markt ausgeschlossen ist. Nur polnische und österreichische Erzeugnisse, als Erzeugnisse der Länder mit niedriger Valuta, können auf die Höhe der Preise in Deutschland einen Einfluß ausüben und gewisse pathologische wirtschaftliche Erscheinungen, die durch das Fehlen einer fremden Konkurrenz hervorgerufen sind, beseitigen.

Der polnisch-deutsche Handelsvertrag kann hinsichtlich der Gesundung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern und der Festigung der friedlichen Tendenzen eine sehr große Rolle spielen.

Handels-Rundschau.

Der absolute Fall der polnischen Mark. Das „Berliner Tageblatt“ bringt eine Gegenüberstellung des Verhältnisses der polnischen und Verhältnis Zürich-Warschau. Es geht daraus hervor, in welchem Maße die polnische Valuta trotz ihres Steigens im Verhältnis zur deutschen Mark in hochvalutarischen Ländern gefallen ist. So betrug Auszahlung Warschau beispielsweise Mitte Mai in Zürich 0,18, in Berlin 7,02, am 6. Oktober aber in Zürich 0,05 1/2, in Berlin 2 1/2.

Ämtliche Notierungen der Posener Getreidebörse vom 11. Oktober. (Die Großhandelspreise verstehen sich für 100 Kilogr. — Doppelzentner bei sofortiger Waagen-Lieferung.)

Weizen 32 000—34 000, Roggen 18 900—19 900, Braugerste 19 000 bis 20 000, Hafer 20 000—21 000, Weizenmehl (65proz.) 51 500 bis 53 500, Roggenmehl (70proz.) 30 500—31 000, Weizenkleie 9800, Roggenkleie 9800, Fabrikartoffeln 2200, Speisekartoffeln 2550, Felderbsen —, Viktoriaerbsen —, Getreidestroh, lose —, do. gepr. —, Senf, lose —, do. gepr. —, Marktsituation unverändert. — Stimmung: ruhig.

Berliner Devisenkurse.

Für drahtliche Auszahlungen in Mark	12. Oktober		11. Oktober		Ängl.-Partiat.
	Geld	Brief	Geld	Brief	
Holland . . . 100 Gulb.	95880,00	96130,00	103870,00	104130,00	168,74 M
Buenos Aires 1 P.-Pei.	888,85	891,15	948,80	951,20	1,78
Belgien . . . 100 Frcs.	17373,25	17421,75	18302,05	18347,95	81,00
Norwegen . . . 100 Kron.	43945,00	44055,00	48339,50	48460,50	112,50
Dänemark . . . 100 Kron.	49937,50	50062,50	54531,75	54668,25	112,50
Schweden . . . 100 Kron.	65418,10	65581,90	70661,50	70838,50	112,50
Finnland . . . 100 Finn.	5792,75	5807,25	5967,50	5982,50	81,00
Italien . . . 100 Lire	10786,50	10813,50	11161,00	11189,00	81,00
England . . . 1 P.-Sterl.	10936,30	10963,70	11785,25	11814,75	20,43
Amerika . . . 1 Dollar	2466,91	2473,09	2596,75	2603,25	4,20
Frankreich . . . 100 Frcs.	18676,60	18723,40	19875,10	19924,90	81,00
Schweiz . . . 100 Frcs.	46142,25	46257,75	49338,25	49461,75	81,00
Spanien . . . 100 Peset.	37852,60	37797,40	39950,00	40050,00	81,00
Portugal . . . 100 Esc.	1188,50	1191,50	1248,40	1251,60	2,09
Brasilien . . . 1000 Kr.	291,63	292,37	307,61	308,39	1,36
Rio de Janeiro 1 Kr.	3,30 1/2	3,34 1/2	3,48	3,52	85,06
Deutsch-Öst. abgelt.	8439,40	8460,60	8689,10	8710,90	85,06
Prag . . . 100 Kron	102,87	103,13	104,86	105,14	85,06
Budapest . . . 100 Kron	102,87	103,13	104,86	105,14	85,06
Bulgarien . . . 100 Leva	1722,80	1727,20	1807,70	1812,30	81,00

Kurse der Posener Börse vom 12. Oktober. Offizielle Kurse: Bank Zwiazku (Wzwbz) 1.—8. Em. 285, Amlicki, Potocki i Ska. 390—400, Centrala Skór (Sederzentrale) 270—280, Dr. Roman May 1420—1400, Patria 510, Pozn. Spółka Długowa (Hols) 1.—5. Em. 655, G. Hartwig 1.—4. Em. 220, Cegielski 1.—8. Em. 520—500, G. Hoffmann 1.—4. Em. 200, Bank Poznański (exl. Kupn) 175, Bank Przemysłowców (Industrie) 205—210, Wytwornia Chemiczna (o. Bezugsr.) 1.—8. Em. 170—175, Arcona 445—425—435, Herzfeld & Viktorius 480—450, „Unia“ (Zn. Banki) 1.—2. Em. 580, Papiernia Bydgoska 270—275, Tri 175—180, Hurtownia Skór (Seber) 1.—2. Em. 280, S. Kantorowicz 825.

Warschauer Börse vom 12. Oktober. Schecks und Umsätze: Belgien 690—650—667,50, Danzig 4,10—4,22—4,20, Berlin 4,10—4,25—4,20, London 43 200—41 000—42 000, Neuport 9750 bis 9900, Paris 730—705—725, Prag 340—309—318, Wien (für 100 Kronen) 14—13,90, Schweiz 1875—1800—1825, Italien —, Devisen (Barzahlung und Umlage): Dollars der Vereinigten Staaten 9850—9275—9400, Englische Pfund —, Tschechoslowakische Kronen —, Kanadische Dollars —, Belgische Francs —, Französische Francs —, Deutsche Mark 4,40—4,20.

Ämtliche Devisennotierungen der Danziger Börse vom 12. Oktober. Holland, Gulden 97 202,70 Gd., 97 397,30 Br. Pfund Sterling 11 088,90 Gd., 11 111,10 Br. Dollar 2497,50 Gd., 2502,50 Br. Polennoten 25,09 1/2 Gd., 25,15 1/2 Br., Auszahl. Warschau 25,22 Gd., 25,28 Br., Auszahl. Posn 25,22 Gd., 25,28 1/2 Br. Paris 18 881,10 Gd., 18 918,90 Brief.

Schlusskurse vom 12. Oktober. An der Danziger Börse schloß gestern Abend der Dollar mit etwa 2750, Polennoten mit 26. Die Notierungen der deutschen Mark in Neuport sind nicht eingetroffen.

Kursbericht.

Die Polnische Landesbanknotiz zahlte heute für deutsche 1000- u. 100-Markcheine 350, für 50- u. 10-Markcheine 330, für kleine Scheine 250, Gold 2136, Silber 236.

Wasserstands Nachrichten.

Der Wasserstand der Weichsel betrug am 19. Okt. bei Thorn (Thorn) + 2,63, Jordan + 2,52, Chelmno (Culm) + 2,50, Grudziądz (Graudenz) + 2,68, Kurzebrad + 3,06, Pielzel —, Tezowo (Tschau) + 3,71, Einlage + 2,63, Schiewenhorst —, Marienburg —, Wolsdorf —, Unwachs — Meter. Zawichost am 11. Okt. + 2,41 Mtr. Aratow am 11. Okt. — 2,10 Meter. Warszawa am 11. Okt. + 2,63 Meter. Błoc am 10. Okt. + 2,03 Meter.

